

## A-26-Zubringer: Es geht weiter



BUXTEHUDE. Die eigentliche Abstimmung fand nicht statt. Der Kreistag hat am Montag entschieden, sich nicht mit einem Antrag zu befassen, der das Ziel hatte, das Planfeststellungsverfahren für den Autobahn-Zubringer über die Rübker Straße abzurechnen.

Der Antrag kam vom Buxtehuder Kreistagsabgeordneten Rudolf Fischer.

Wie eine Mehrheit in der Buxtehuder Politik setzt Fischer auf eine kleine Ostumgehung für den Anschluss der Stadt Buxtehude über eine Autobahn-Anschlussstelle Buxtehude Mitte. Im Gegensatz zu seinen Kollegen im Rat der Stadt geht Fischer aber davon aus, dass diese Trasse entlang des Vogelschutzgebiets machbar ist, ohne dass der Ausbau der Rübker Straße vor Gericht scheitert.

Das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Rübker Straße geht nach vier Jahren in die Schlussphase. In der zweiten Aprilwoche wird es einen Erörterungstermin geben. Derzeit ist der Plan, dass der Kreistag in seiner Juni-Sitzung dann abschließend über das Projekt entscheidet. Ob dieser Zeitplan zu halten ist, hängt davon ab, ob durch Einwendungen neuer Untersuchungs- oder Umplanungsbedarf entsteht. Eine anschließende Klage der Anwohner ist bereits angekündigt. Fischer bezog sich in seinem Antrag auf einen TAGEBLATT-Artikel zu diesem Thema.

„Wir brauchen eine gerichtliche Klärung. Eine politische Klärung reicht nicht“, sagte Hans-Uwe Hansen, Kreistags-Fraktionschef der SPD aus Buxtehude. Er erinnerte an die sehr kritische Stellungnahme der Buxtehuder Stadtverwaltung zum Planfeststellungsverfahren, aber es bringe nichts, das Verfahren abzurechnen, ohne ein neues eröffnen zu können. Eine Mehrheit im Buxtehuder Rat wolle eine vollwertige Autobahn-Anschlussstelle. CDU-Fraktionschef Helmut Dammann-Tamke sah im Antrag von FDP-Mann Fischer keine neuen Argumente und wollte sich deshalb damit nicht befassen.

Landrat Michael Roesberg machte in seiner Antwort auf Fischer klar, dass er das Verfahren mit dem Ziel durchführt, es erfolgreich zum Ende zu bringen und nicht, wie Teile der Buxtehuder Politik, auf ein Scheitern hofft.